

STIFTUNG MEINUNG&FREIHEIT e.V.

NEWSLETTER, Februar 2023

Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in öffentlich-rechtliche Medien weiter gesunken

Stiftung Meinung & Freiheit e.V. gibt Kritik in Deutschland eine Stimme – zweite Umfrage ergibt: in Ostdeutschland ist Unzufriedenheit mit 49 Prozent besonders hoch, Mehrheit aller Deutschen kritisiert hohe Gebühren und 37 Prozent sind für Abschaffung öffentlich-rechtlicher Medien, 33 Prozent beklagen fehlende politische Unabhängigkeit sowie einseitige Berichterstattung

Berlin, 20. Februar 2023 – Anfang Februar 2023 führte das Markt- und Sozialforschungsinstitut Insa-Consulere GmbH im Auftrag der „Stiftung Meinung & Freiheit e.V.“ eine wiederholte Befragung durch, um ein repräsentatives und vergleichendes Meinungsbild in der Bevölkerung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhalten. An der Befragung nahmen 1.002 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren teil.

Zentrales Ergebnis der ersten Befragung vom November 2021 war eine hohe Unzufriedenheit mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: 38 Prozent der Befragten gaben an, unzufrieden zu sein. Dieser Wert hat sich nochmals verschlechtert: Heute nach etwas mehr als einem Jahr geben 42 Prozent an, unzufrieden zu sein (Chart 7)*. In Ostdeutschland ist die Unzufriedenheit mit 49 Prozent sogar relativ-mehrheitlich gegenüber 45 Prozent Zufriedenen (Chart 8)*.

Weitere wesentliche Ergebnisse (Chart 11)* sind, dass mit 54 Prozent eine Mehrheit der Befragten angibt, sich an der Höhe des Rundfunkbeitrages der öffentlich-rechtlichen Medien zu stören, und dass 32 Prozent der Befragten eine fehlende politische Unabhängigkeit bzw. einseitige Berichterstattung kritisieren, 27 Prozent bemängeln die Qualität der Angebote und 24 Prozent fehlende bzw. unnötige Angebote.

37 Prozent aller Befragten wünschen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien gänzlich abgeschafft werden sollten (Chart 25)*. Kumuliert sind es 34 Prozent der Befragten, die Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien eher selten (nur an einzelnen Tagen) und sehr selten bzw. nie nutzen (Chart 3)*. Entsprechend ist eine Mehrheit von 52 Prozent (gegenüber 30 Prozent) der Ansicht, dass der Rundfunkbeitrag abhängig sein sollte von der Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien bzw. von im Haushalt vorhandenen Geräten (Chart 23)*.

„Eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist dringend notwendig. Die Ergebnisse unserer beiden repräsentativen Umfragen bieten dazu ein klares Meinungsbild und unterstützen unsere Forderung“, sagt Journalist und Publizist

Roland Tichy, der sich als Vorsitzender der Stiftung Meinung & Freiheit e.V. engagiert. Tichy betont: „Wir wollen der Kritik in Deutschland am öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Stimme geben. Ziel unseres Vereins ist es, die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit gezielt zu stärken sowie die Medienvielfalt zu fördern.“

Stellvertretender Vorsitzender von „Stiftung Meinung & Freiheit e.V.“ ist Hans-Georg Maaßen, Jurist und ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland. Alexander Mitsch, Diplom-Kaufmann und Gründungsvorsitzender der WerteUnion engagiert sich als Schatzmeister.

***Quelle:** Befragung in Deutschland im Auftrag der Stiftung Meinung & Freiheit, 9.-10.2.2023, Online-Befragung gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-Perpetua Demoscopia, INSA-CONSULERE GmbH, Erfurt

Kontakt:

Stiftung Meinung und Freiheit e.V.
Alexander Mitsch
E-Mail: am@meinung-freiheit.de
Website: www.meinung-freiheit.de

Spenden willkommen

Aktionen wie diese Umfrage kosten Geld. Die Stiftung Meinung & Freiheit e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Mit ihren Spenden unterstützen Förderer die Arbeit des Vereins, wozu alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind, denen Meinungsfreiheit und Medienvielfalt am Herzen liegen. Nur mit ausreichend finanziellen Mitteln kann die Stiftung Meinung & Freiheit e.V. Wirkung entfalten.

Spendenkonto:

IBAN: DE57547900000001634976
Bank: Volksbank Kur- und Rheinpfalz

Grundsätze und Aufgaben

Stiftung Meinung & Freiheit e.V. ist tätig auf der Grundlage eines freiheitlichen und liberalen Gesellschaftsverständnisses. Sie tritt ein für die Förderung von Medienvielfalt und Meinungsfreiheit. Sie verteidigt das Recht der Bürger, sich ungehindert aus allen Quellen zu informieren und frei zu äußern. Die Stiftung versteht sich als Mahner, wenn die grundgesetzliche Regelung der Meinungs- und Informationsfreiheit gefährdet ist. Sie wehrt staatliche Angriffe auf Meinungs- und Informationsfreiheit im Sinne von Artikel 5 Grundgesetz ab und fördert die Vielfalt publizistischer Stimmen. Stiftung Meinung & Freiheit kämpft gegen jeden Versuch der staatlichen Einflussnahme auf Medien, wie es neuerdings die Landesmedienanstalten versuchen oder im Auftrag der Bundesregierung die „Neuen Deutschen Medienmacher“ vorhaben. Stiftung Meinung & Freiheit nimmt Stellung zu medienpolitischen Themen, um die Freiheit der Medien zu verteidigen. Stiftung Meinung & Freiheit kann wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag geben, Publikationen aller Art herausgeben, Tagungen veranstalten, die Aus- und Fortbildung von Journalisten fördern und unterstützen sowie alles unternehmen, was ihren Zweck fördert. Die Förderung von journalistischem Nachwuchs ist eine der zentralen Aufgaben, denen sich Stiftung Meinung & Freiheit widmen wird.